

# Ideen zum Umsteigen

Verein „Einfach einsteigen“ entfacht die Diskussion über Verkehrspolitik neu

VON ALICE ECHTERMANN

**Bremen.** Wenn es nach Mark Wege geht, ist Bremen im Jahr 2030 eine ganz andere Stadt. Eine Stadt, in der die Verkehrswende geglückt ist, ohne Staus, mit weniger Unfällen und sauberer Luft. Den Schlüssel hierzu sieht er im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). Denn in dieser Vision kann jeder in Bremen überall in Bus und Bahn einsteigen, ohne ein Ticket zu kaufen. Stattdessen zahlt jeder volljährige Einwohner eine feste monatliche Abgabe von 19,11 Euro. Bremer Unternehmen leisten ihren Beitrag über eine Erhöhung der Gewerbesteuer und tragen damit die Hälfte der Kosten.

Mit diesem Vorschlag wollen Wege und seine Mitstreiter von der Initiative „Einfach einsteigen“ die Diskussion über Verkehrspolitik in Bremen neu entfachen. Und zwar mit einem konkreten Konzept, wie der 45-Jährige betont. Das ganze vergangene Jahr haben sich die Mitglieder des neu gegründeten Vereins mit dem Thema beschäftigt. Acht bis zehn Leute engagierten sich dafür ehrenamtlich, so Wege, darunter auch eine Verkehrsplanerin und ein Mathematiker. Er selbst ist Psychologe. Gefördert wird die Initiative, die sich als überparteilich bezeichnet, von der Bewegungsstiftung aus Verden.

Das Basiskonzept von „Einfach einsteigen“ enthält bereits detaillierte Berechnungen. Auch Pendler, die in Bremen arbeiten, sollen demnach ihren Beitrag leisten. Zudem ist für Touristen eine Erhöhung der Citytax um drei Euro pro Übernachtung vorgesehen, und eine Erhöhung der Gebühren für Fluglinien und Fernreisebusse um 70 Cent pro Fahrgast. Bremer, die Sozialleistungen beziehen, sollen eine reduzierte Abgabe von zehn Euro im Monat zahlen. Über diese Details könne man aber natürlich diskutieren, sagt Wege, der selbst als Sozialarbeiter in Bremen arbeitet und viele Hartz-IV-Empfänger betreut.

Mark Wege präsentiert „Einfach einsteigen“ als Lösung für die Verkehrsprobleme in Bremen. Deren Ursache beschreibt er simpel: „Es gibt zu viele Autos in der Stadt.“ Also müsse der Nahverkehr attraktiver sein, damit er stärker genutzt werde. Den Begriff „kostenloser ÖPNV“ vermeidet er jedoch bewusst. „Irgendwer zahlt immer.“ Der Zeitplan der Initiative ist ambitioniert: Sollte es noch 2019 einen Grundsatzbeschluss durch Senat und Bürgerschaft geben, könnte die Umlagenfinanzierung 2023 eingeführt werden, so Wege. Die Subventionen der Stadt an die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) würden nach dem Modell entfallen und sollten in die Qualität des Nahverkehrs investiert werden.

Der Gründer von „Einfach einsteigen“ ist umtriebig, hat sich bereits mit zahlreichen Akteuren in Bremen getroffen. Auch BSAG-Sprecher Jens-Christian Meyer hat schon mit ihm diskutiert. Grundsätzlich sei es Aufgabe der Politik, über die Zukunft des ÖPNV zu entscheiden, sagt Meyer. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Kapazitäten der BSAG vorab ausgebaut werden müssten. Derzeit mache die



Prescht mit Ideen zum ÖPNV vor: Mark Wege hat die Initiative „Einfach einsteigen“ ins Leben gerufen.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Nutzung von Bus und Bahn in Bremen nur etwa 15 Prozent des Gesamtverkehrs aus - das sei im Vergleich mit anderen Städten recht wenig. „Einfach einsteigen“ rechnet mit 30 Prozent zusätzlichen Fahrgästen in den ersten Jahren. Ohne einen vorherigen Ausbau und zusätzliche Fahrzeuge würde das BSAG-Netz überlastet, erklärt Meyer. „Der Knackpunkt ist: Wer zahlt das?“ Dafür Fördermittel zu beantragen funktionieren nicht. Denn eine hypothetische Zunahme der Fahrgäste sei keine ausreichende Grundlage. „Man kann nur mit einem Ist-Zustand argumentieren.“

## Einige Fragen bleiben

Und es gibt noch weitere Fragezeichen an dem Modell: So stieß die Erhöhung der Citytax in Bremen bereits 2017 auf heftige Kritik der Hotelbranche. Von Seiten des Finanzressorts hieß es stets, die Citytax solle auch in Zukunft nicht zweckgebunden sein. Das würde der Nutzung eines Anteils für den ÖPNV im Weg stehen. Mark Wege ist sich jedoch sicher, dass

auch der Tourismus kräftig von „Einfach einsteigen“ profitieren würde. Im Grunde bekämen Gäste damit ein Tagesticket für drei Euro, erklärt er. Und auch für Unternehmen und Autofahrer bringe das System Vorteile. Denn je mehr Menschen auf ÖPNV umstiegen, desto entspannter werde die Situation auf Bremens Straßen. Weniger Stau sei letztlich auch gut für die Wirtschaft.

„Es wird nicht leicht sein, die Menschen davon zu überzeugen“, räumt Wege ein. Schließlich müssten die Umlage auch diejenigen zahlen, die weiterhin vorrangig mit dem Auto oder dem Fahrrad unterwegs sind. Eine monatliche Abgabe von 19,11 Euro entspricht nach dem aktuellen Preis für ein Einzelticket der BSAG etwa sieben Fahrten. Auf das Jahr gerechnet wäre sie auch günstiger als das 365-Euro-Ticket nach dem Wiener Vorbild, das derzeit vor allem von den Bremer Grünen gefordert wird (wir berichteten).

Deren verkehrspolitischer Sprecher Ralph Saxe sieht die Idee von „Einfach einsteigen“

kritisch. Auch er hat Mark Wege bereits persönlich getroffen. Eine Abgabe sei nicht seine erste Wahl, um eine Verbesserung des ÖPNV zu bewirken, sagt Saxe. Er sei aber offen für die Diskussion. „Wenn es eine Umlage geben sollte, müsste sie auch für den Ausbau von Fuß- und Radwegen verwendet werden.“ Der reine Fokus auf den Nahverkehr greife ihm zu kurz. Zudem müsse es für eine verpflichtende Abgabe eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung geben; auch Autofahrer sollten dazu ihre Meinung äußern dürfen. „Das sollte nicht einfach von oben entschieden werden.“

In den kommenden Wochen organisiert der Verein „Einfach einsteigen“ mehrere öffentliche Veranstaltungen, um sein Konzept vorzustellen und weiterzuentwickeln. Die erste findet am 6. Februar im Karton in der Neustadt statt. Mark Wege ist optimistisch: „Ich glaube, es ist Konsens, dass es gut für die Gesellschaft ist, wenn viele den ÖPNV nutzen.“ Er ist der Ansicht, dafür müsse die Gesellschaft auch Verantwortung übernehmen.

## Die meistgelesenen Texte auf www.weser-kurier.de

Zeitraum: 6 bis 19 Uhr des Vortags



1. McDonald's geht in die Offensive
2. Bremer Initiative fordert ÖPNV-Abgabe von Bürgern und Firmen
3. Sportwelt in Oslebshausen vom Abriss bedroht
4. Bundesweite Studie: Bremer schlafen am schlechtesten
5. Blüten und Tees der Bremer Hanfbar beschlagnahmt

## Ideensammlung für Grünflächen

Wettbewerb läuft

VON DETLEV SCHEIL

**Bremen.** Wenn sich das Gelände des Klinikums Bremen-Mitte (KBM) zum neuen Hulsberg-Viertel mit mehr als 1000 Wohneinheiten wandelt, sollen Grünflächen nicht auf der Strecke bleiben. Zwar müssen zahlreiche alte Bäume der Neubebauung weichen, doch es soll auch Neuanpflanzungen in einer „grünen Mitte“ sowie in den Freiräumen zwischen den Wohngebäuden geben.

Um viele Ideen für die grüne Neugestaltung zu sammeln, hat die Entwicklungsgesellschaft einen Wettbewerb mit fünf Landschaftsarchitektur-Büros aus Bremen, Hamburg, Hannover und Berlin gestartet. Am Donnerstag wurden deren Entwürfe erstmals im KBM öffentlich präsentiert – allerdings anonymisiert, weil die Beratung der Jury noch bevorsteht. An diesem Freitagabend soll die Kür des Siegerentwurfs erfolgen. Öffentlich ausgestellt werden alle fünf Wettbewerbsbeiträge vom 15. Februar bis 2. März in der Markthalle Acht am Domshof.

Die fünf Entwürfe unterscheiden sich in den Akzenten, die sie in der etwa 5000 Quadratmeter großen „grünen Mitte“ und den abweigenden Grünspangen setzen: Ein Büro setzt auf Birken-Anpflanzungen, ein anderes auf Hecken und ein weiteres auf ein kleines Wäldchen. Alle Beiträge sehen verschiedene Spielplätze, kleine Gemeinschaftsgärten und Aufenthaltsorte für Jugendliche. Die Grünbereiche werden teilweise als angelegte Dünen modelliert oder mit Mulden versehen, um Höhenunterschiede zu schaffen. Während vier Entwürfe jeweils etwa 100 zusätzlich gepflanzte Bäume neben dem Erhalt von Bestandsbäumen vorsehen, will ein Büro gleich 300 neue Bäume pflanzen. Ein Wettbewerbsbeitrag hat sich „Hulsberg-Boxen“ in Form von großen Rahmen einfallen lassen, die in den Grünflächen verteilt werden sollen und entweder als Sitzgelegenheit, als Kletterspielgerät oder als kleine Bühne hergerichtet werden könnten.

Nach Einschätzung von Florian Kommer, Geschäftsführer der Grundstücksentwicklungsgesellschaft KBM, ist im Anschluss an den Wohnungsbau frühestens 2025 mit der Umsetzung des Grünkonzepts zu rechnen.

## Feuer zerstört Parzellen

**Bremen.** Im Parzellegebiet „In den Hufen“ in Findorff ist am frühen Donnerstagnachmittag ein Brand in fünf Parzellen ausgebrochen. Drei davon sind komplett niedergebrannt, wie die Feuerwehr Bremen mitteilte. Die Brandbekämpfung und Wasserversorgung stellte sich den Angaben zufolge als schwierig dar, sodass ein Großaufgebot von Einsatzkräften der Feuerwehr und des Rettungsdienstes alarmiert wurde. Insgesamt waren 21 Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst mit ungefähr 60 Einsatzkräften im Einsatz. Bei der Löschaktion verletzte sich ein Feuerwehrmann an der Hand und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Nicht nur die niedrigen Temperaturen machten den Beteiligten zu schaffen. Eine Oberleitung, die über die Parzellen führt, musste abgeschaltet werden, weil diese von den Flammen teilweise beschädigt worden war. Personen waren zu keiner Zeit in Gefahr. Die Aufräummaßnahmen dauerten am späten Donnerstagnachmittag noch an. Der Sachschaden beläuft sich laut dem Einsatzleiter auf etwa 40.000 Euro.

MAA

## VOR 50 JAHREN

# Ein Spediteur steigt ins Containergeschäft ein

Von Erika Thies

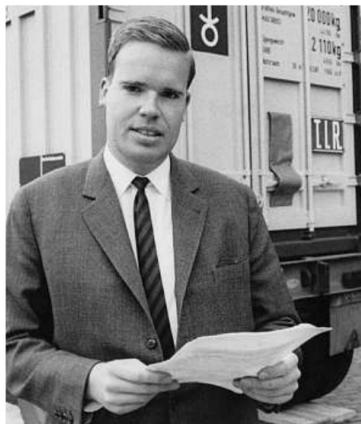


Das Amt für Straßen- und Brückenbau bekommt eine Menge Arbeit: Mehrere hundert Verkehrsschilder müssen ausgetauscht werden. Polizeipräsident Erich von Bock und Polach hat gestern angeordnet, daß auf sieben wichtigen Hauptverkehrsstraßen der Stadt die Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 60 Kilometer in der Stunde heraufgesetzt wird. Die neue Regelung gilt allerdings erst, sobald die Schilder umgetauscht sind, was nicht überall gleichzeitig geschehen kann. Für den Entschluß, von Tempo 50 auf Tempo 60 zu gehen, waren zwei Gründe ausschlaggebend: Die Mehrzahl dieser sieben Straßen ist in den vergangenen Jahren für viel Geld ausgebaut worden und viel leistungsfähiger als früher. Die meisten Autos fahren auf diesen Straßen seit langem schneller als ‚50‘, ohne daß sich deshalb die Unfälle häufen ...“ (17. Januar 1969)

„In der Bundesrepublik haben sich binnen zehn Jahren die Nettoverdienste je Erwerbstätigen verdoppelt – und dies ohne zerstörende wirtschaftliche Erschütterungen bei ständigem Ausbau der sozialen Sicherungen. Gewiß, vieles ist teurer geworden, und die DM hatte – gemessen an ihrer Kaufkraft von 1958 – im Jahre 1968 nur noch einen Wert von 80 Pfennig. Aber auch wenn man diese Wertminderung berücksichtigt, bleibt ein Anstieg der Kaufkraft je Erwerbstätigen von 65 Prozent. Die Verdienner können sich also heute im Durchschnitt zwei Drittel mehr leisten als 1958. Selbst wer an diesen Berechnungen zweifelt, wird doch seinen Augen trauen müssen. Ganz offensichtlich

hat sich beispielsweise der Autobestand enorm vergrößert. Heute kommen auf 100 Westdeutsche 18 Pkw, dreieinhalbmal mehr als 1958. Die Zahl der Fernsehgeräte ist von vier auf 24 je 100 Einwohner gestiegen. Und für Auslandsreisen hatten die Bundesbürger dreimal mehr übrig als vor zehn Jahren. Diese ‚Konsumwut‘ ist von der ‚Sparwut‘ sogar noch übertroffen worden. Die Spareinlagen stiegen von durchschnittlich 559 auf 2395 Euro. Das Bemerkenswerteste aber ist, daß alles dies nicht mit steigendem, sondern mit abnehmendem Arbeitsfleiß erreicht worden ist; in der Industrie sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 42,2 auf 38,9 Stunden ...“ (22. Januar 1969)

„Auf dem Gebiet des Containerverkehrs betreten wir als Spediteure Neuland“, erklärte Firmenchef Konsul Klaus-Michael



Neuland betreten: Spediteur Klaus-Michael Kühne im Jahr 1969. FOTO: JOCHEN STOSS

Kühne gestern am Rande einer Arbeitstagung, zu der das internationale Speditionsunternehmen Kühne & Nagel mehr als 80 Teilnehmer aus den deutschen Niederlassungen und europäischen Schwestergesellschaften zusammengerufen hat. „Aber wir meinen, daß dieser Schritt als Antwort auf die Aktivität unserer Partner im Seeverkehr und bei den Eisenbahnen fällig ist.“ Der Container entstammt den Rationalisierungsmaßnahmen der mit Gütertransport und -umschlag beschäftigten Wirtschaft. Seine Stärke, die große Raumeinheit, war ihm allerdings von Anfang an auch als Schwäche angerechnet worden: Nur teilweise gefüllte oder leer zurücklaufende Container sind unrentabel. Hier sieht das Unternehmen einen Ansatzpunkt für die klassische Tätigkeit der Spediteure, Transportgüter zu sammeln und dem Kunden einen optimalen Verkehrsnutzen zu sichern ... Klaus-Michael Kühne: „Es liegen noch keine Erfahrungen dafür vor, welche Containergrößen und -ausführungen für den Landtransport am zweckmäßigsten sind und wie sich die Auftrageinsteller ...“ (22. Januar 1969)

„Mit weißer und roter Farbe haben Unbekannte in der Nacht zum Dienstag Fenster und Wände des Gymnasiums Huckelriede beschmiert. Als die ersten Schüler am Morgen in der Valckenburghstraße eintrafen, sahen sie sich zahlreichen, in großen Lettern gemalten Forderungen gegenüber. ‚Nehmt Einfluß auf Zensuren und Konferenzen!‘ und ‚Mitbestimmung in allen Fragen!‘ war unter anderem zu lesen. Während das Lehrerkollegium seine Empörung über die Tat bekundete, distanzieren sich die Schüler im Verlauf einer Versammlung zwar von der Form des Protestes, beharren aber dennoch auf dem Anspruch auf Mitbestimmung, der in den Schmierereien zum Ausdruck kommt ...“ (22. Januar 1969)

## Zuschüsse von 430 Millionen Euro

Zuwendungsbericht veröffentlicht

**Bremen.** Das Finanzressort hat den Zuwendungsbericht für das Jahr 2017 veröffentlicht. Er gibt unter anderem darüber Auskunft, wie sich die staatlichen Zuschüsse an Vereine, Verbände und Projekte verändert haben, welche Ziele erreicht wurden und welche Stadtteile in welchem Ausmaß von den Geldern profitierten. Laut dem Bericht beliefen sich 2017 die Fördermittel auf 430 Millionen Euro. Im Vergleich zu 2016 (413 Millionen Euro) hat die Gesamtsumme der institutionellen Förderungen und der Projektförderungen den Angaben zufolge um vier Prozent zugenommen. Zu dem maßgeblichen Anteil an dem Anstieg tragen demnach der Ausbau der Kitabetreuung, ein erhöhter Mittelabfluss für den Ausbau Bremerhavens zu einem Offshore-Zentrum, erhöhte Zuwendungen an Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft sowie die Sanierung von Straßen bei, teilt das Finanzressort mit.

Die Zuwendungen werden unterschieden in institutionelle Förderungen (236 Millionen Euro) und Projektförderungen (194 Millionen Euro). Mit institutionellen Fördermitteln werden die Einrichtungen als Ganzes bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. Projektförderung ist an einzelne Vorhaben geknüpft.

Der Zuwendungsbericht sei ein Beitrag zur transparenten Haushaltspolitik, sagt Finanzsenatorin Karoline Linnert. „Die Bürger können sich so über die staatlichen Zuschüsse informieren“, sagt die Grünen-Politikerin. Die Datenbank mit dem Namen Zebra (Zuwendungen Erheben Bearbeiten Reporten Archivieren), die 2014 startete, sorgte dafür, dass alle Ressorts sämtliche Zuwendungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen nach einheitlichen Standards erfassen und durchgehend von der Antragstellung bis zur Verwendungsnachweisprüfung bearbeiten. Zukünftig solle mithilfe von Zebra die Erfolgskontrolle verstärkt werden, so Linnert.

MAA